

Einwohnerrat

# Die Fröschi-Unterführung zieht einen Graben durchs Parlament

Der Volkswille erzwingt eine Umgestaltung der Unterführung. Über den Weg dorthin ist man sich jedoch uneinig.

Von Reto Wehrli

Seit dem Zustandekommen der nichtformulierten Volksinitiative «für eine sichere und saubere Fröschi-Unterführung» im Januar 2015 ist das Thema auf dem Tapet, die besagte Unterführung so aus-, um- oder gar neu zu bauen, dass sie auch mit Kinderwagen, Rollstühlen und Rollatoren benützt werden kann. Diese zwingenden Bestimmungen sowie der Betrag von 135'000 Franken für ein Vorprojekt und die Projektierung durch ein Ingenieurbüro veranlassten die bürgerliche Mehrheit im Einwohnerrat, die vom Gemeinderat am 31. August 2015 präsentierte Vorlage abzulehnen. In der Urnenabstimmung vom 10. April 2016 erhielt die Initiative jedoch eine Zustimmung von 57 Prozent der Stimmentenden. Darauf reagierte der Gemeinderat, indem er dem Parlament am Montag noch einmal dieselbe Vorlage zur Diskussion stellte.

## Das Ratsbüro politisiert

Noch ehe die Beratung beginnen konnte, tat Ratspräsident Jens Dürrenberger den Antrag des ER-Büros auf Rückweisung kund und begründete dies damit, dass der vorgesehene Kredit mehrere Vorprojekte umfassen solle, damit nicht nur eine Variante geprüft werde. Dieser Antrag veranlasste Gert Ruder (SP) zu dezidiertem Widerspruch: «Offenbar hält eine neue Mode im Einwohnerrats-Büro Einzug, indem Geschäfte und Traktanden nun auch politisch eingeschätzt werden. Das ist weder in der Zuständigkeit noch in der Kompetenz des Büros.»

Ruder erinnerte daran, dass das Anliegen der Initiative schon sieben Jahre alt sei und 2011 bereits vier Varianten geprüft worden seien, wovon zwei als realisierbar beurteilt wurden. Wenn die Bürgerlichen nun abermals auf Rückweisung plädierten, habe dies kein anderes Motiv als «verschie-



Die Diskussionen um Prattelns berühmtesten Bahnuntergang – die Fröschi-Unterführung – gehen für Gert Ruder (Mitte) und seine Einwohnerratskollegen noch in weitere Runden.

Foto Archiv PA

ben, verzögern, verhindern», weil man das Geld nicht sprechen wolle.

## Für mehr Variantenvielfalt

Thomas Sollberger wollte namens der FDP-Fraktion den Handlungsbedarf nicht bestreiten, kritisierte aber die Vorlage dafür, dass sie nur eine einzige Variante enthalte und deshalb nicht zielführend sei. Er warb dafür, mehrere Projekte mit deutlich unterschiedlich hohen Kosten ausarbeiten zu lassen, um neue Ideen ins Spiel kommen zu lassen. «Alles, was beispielsweise Landabtretungen umfassen würde, wäre nicht zeitnah realisierbar, da alle Grundeigentümer signalisiert haben, dass sie dafür nicht zu haben seien», warnte Sollberger.

Sein Fraktionskollege Andreas Seiler vertrat die Meinung, dass insbesondere verschiedene Möglichkeiten diskutiert werden sollten, wie die zwingenden Bestimmungen der Initiative zur behindertengerechten

Gestaltung der Unterführung umgesetzt werden könnten – etwa mit einer schmaleren oder breiteren Rampe oder gar einem Lift. Dafür wolle die FDP mehrere Varianten zu unterschiedlichen Preisen sehen. «Wenn wir bedenken, welche grosse Spannweite bei den Projekten für die neuen Doppelkindergärten zu beobachten war, dann ist bei der Unterführung eine noch breitere Aufwächerung der Kosten zu erwarten.»

Gemeinderat Stefan Löw hatte schon früh in der Debatte die Bereitschaft zum Einlenken signalisiert. In der Abstimmung zeigte sich der Rat dennoch tief gespalten. Mit 20 Stimmen der Bürgerlichen gegen 16 Stimmen der Ratslinken wurde die Rückweisung dann beschlossene Tatsache. Gemeindepräsident Stephan Burgunder stellte in Aussicht, dass man «drei oder vier Vorprojekte ausarbeiten lassen» werde – für deutlich weniger Geld als die umstrittenen 135'000 Franken.

## Aus der Fragestunde

### Gleichschaltung der Preisgestaltung?

rw. Gert Ruder (SP) ist aufgefallen, dass es bei den abschliessbaren Veloboxen am Bahnhof, die von der Gemeinde zur Miete angeboten werden, unterschiedliche Tarife gibt: Jene auf der Nordseite (Richtung Grüssen) kosten 180 Franken pro Jahr, die dorfsseitigen im Süden sind hingegen für 120 Franken zu haben. «Ist der Gemeinderat bereit, den Vermietungspreis auf 120 Franken gleichzuschalten?», verlangte er zu wissen. Gemeinderat Stefan Löw nahm dazu Stellung. Auf der Südseite seien die Boxen älter und kleiner, daher günstiger. Der Gemeinderat wolle deshalb den Preisunterschied beibehalten, den Grund jedoch öffentlich kommunizieren. Ruder zeigte sich mit der Antwort unzufrieden, verzichtete indes auf weitere Nachfragen.

Urs Schneider (SVP) erkundigte sich seinerseits nach den Konsequenzen, die der Gemeinderat aus den Hochwassern ziehe. Löw kündigte Schutzmassnahmen im Gebiet Lachmatt für das Elektrizitäts-Unterwerk und die Schiessanlage an, die 2017 umgesetzt würden. Ebenfalls nächstes Jahr solle dann in Zusammenarbeit mit den Einsatzkräften ein umfassendes Hochwasserschutzkonzept entstehen.